

## **Antwort**

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 619

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/1599

### **Corona-Prämie für Beschäftigte in systemrelevanten Berufen**

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, wie sehr die Gesellschaft auf systemrelevante Berufe angewiesen ist. Insbesondere haben Pflegekräfte, Rettungsdienst und Angestellte in Gesundheitsberufen einen Beitrag geleistet, der kaum zu überschätzen ist, und der die erfolgreiche Bewältigung der Krise erst ermöglicht hat. Dieser Einsatz bedeutet aber auch, dass die genannten Berufsgruppen neben einem erhöhten Druck auch einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt gewesen sind - bei einem generell eher niedrigen Lohnniveau. Um diese Tatsache zu würdigen, wurde eine sogenannte „Corona-Prämie“ in Höhe von bis zu 1.000 Euro für Beschäftigte in der Pflege beschlossen. Das Land Brandenburg hat dabei von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, diesen Bonus um 50 % aufzustocken, um die Arbeit der Pflegekräfte anzuerkennen. Das Land Berlin ist noch weitergegangen und hat eine einmalige Dankes-Prämie in Höhe von bis zu 1.000 Euro beschlossen, unter anderem für Beschäftigte bei der Polizei und dem Justizvollzug, für Rettungskräfte bei der Berliner Feuerwehr sowie Beschäftigte der Gesundheits- und Ordnungsämter.

1. Was waren die Gründe dafür, dass, anders als in Berlin, bisher keine Prämie für zum Beispiel Beschäftigte bei der Polizei und bei der Feuerwehr beschlossen wurde?
2. Sieht die Landesregierung hierbei Handlungsbedarf?
3. Wenn die Corona-Prämie auf andere Berufsgruppen ausgeweitet werden sollte, welche Berufsgruppen könnten dann in Frage kommen?
4. Wie könnte eine erweiterte Corona-Prämie finanziert werden?

Zu den Fragen 1 bis 4: Die Fragen werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Die COVID-19-Pandemie hat in den vergangenen Monaten auch das Arbeitsleben stark beeinflusst. Auf der einen Seite in Form des Verlustes von Aufträgen, in Form von (Teil-) Schließung von Betrieben und Kurzarbeit, auf der anderen Seite in Form von besonderer Arbeitsbelastung. Dabei sind Versorgungsstrukturen und die dort Beschäftigten als systemrelevant in das öffentliche Bewusstsein gerückt, die sonst häufig zu wenig Aufmerksamkeit erfahren. In vielen Bereichen wurde in dieser Phase Außerordentliches geleistet. Der Bund hat für die Beschäftigten in den Pflegediensten und -einrichtungen nach dem

Eingegangen: 07.08.2020 / Ausgegeben: 12.08.2020

Elften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) die Zahlung einer steuer- und sozialabgabenfreien Corona-Prämie beschlossen. Abhängig von der konkreten Arbeitsaufgabe und dem Beschäftigungsumfang erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine gestaffelte einmalige finanzielle Anerkennung von bis zu 1.000 Euro. Nach § 150 a Abs. 9 SGB XI wurden die Arbeitgeber und die Länder aufgefordert, diese Prämie um bis zu 50 % - ebenfalls steuer- und sozialabgabenfrei - aufzustocken. Zwischen den Ländern und innerhalb der Landesregierung wurde die Frage einer Aufstockung der Prämie der Pflegeversicherung intensiv diskutiert und eine möglichst einheitliche Vorgehensweise angestrebt.

Nach den Informationen der Landesregierung haben sich alle Länder entschieden, den Aufstockungsbetrag nach §150 a SGB XI vollständig aus Landesmitteln aufzubringen, nachdem die Arbeitgeber in der Pflege vorgetragen haben, dass es Ihnen aus der Finanzierungssystematik des SGB XI heraus nicht möglich ist, einen Teil des Aufstockungsbetrages zu übernehmen. Mit der Altenpflege wird so ein Bereich bedacht, der in seinem Gehaltsgefüge im Vergleich zu strukturell vergleichbaren Beschäftigungsbereichen eine relevant geringere Entlohnung aufweist. Gewürdigt wird damit der unbestreitbar besondere Beitrag, der in den Pflegediensten und -einrichtungen im Umgang mit einer besonders gefährdeten Personengruppe zu leisten war.-Relevante Belastungsmomente waren beispielhaft die Sorgen und Ängste der Bewohnerinnen und Bewohner und ihrer Angehörigen, und im stationären Bereich der Vollzug eines zwischenzeitlich nahezu vollständigen Besuchsverbots, das die Beanspruchung der Pflegekräfte als einzig noch verbliebene Bezugspersonen noch einmal erhöhte. In Brandenburg sind mit Stand 14. Juli 2020 insgesamt 38 stationäre Pflegeeinrichtungen von einer COVID-19-Infektion auf Seiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Bewohnerinnen und Bewohnern betroffen gewesen.

Auch in anderen Bereichen wurden ohne Frage besondere Beiträge erbracht, so dass die in der Fragestellung zum Ausdruck kommende Überlegung zu weiteren Corona-Prämien im Grundsatz zunächst nicht abwegig erscheint. Eine scharfe Abgrenzung der infrage kommenden Branchen und konkreten Aufgaben war und ist letztlich dabei aber nicht möglich, ohne dass es immer wieder zu so empfundenen Ungerechtigkeiten und Ungleichbehandlungen kommen würde. Die Landesregierung plant vor diesem Hintergrund gegenwärtig keine besonderen Prämienzahlungen für weitere Berufsgruppen.